



Keine Massentierhaltung im Heidiland?

Eine Volksinitiative will die Schweizer Bevölkerung aufrütteln und alle Tierfabriken verbieten.

→ Von Klaus Petrus (Text & Bilder)

Ein kleiner Hof in der sonnendurchfluteten Bergwelt, Kühe auf saftigen Wiesen, ein paar Hühner, die zwischen Obstgärten gackernd im Boden scharren. So stellt man sich die Schweizer Landwirtschaft gerne vor. Doch damit soll bald Schluss sein. Die Denkfabrik «Sentience Politics» will zusammen mit mehr als einem Dutzend Tierrechts-, Tierschutz- und Umweltschutzorganisationen an diesem Image vom Heidiland für Bauer und Vieh kratzen und der Schweizer Bevölkerung vor Augen führen, wie die sogenannten Nutztiere in ihrem Land tatsächlich gehalten werden. Dafür greift «Sentience Politics» auf das Instrument der direkten Demokratie schlechthin zurück, die eidgenössische Volksinitiative. Sie wurde am 12. Juni dieses Jahres offiziell in Bern lanciert. Damit sie zustande kommt, müssen die Initianten nun bis zum 12. Dezember 2019 100 000 Unterschriften sammeln. Einfach wird es nicht, das wissen alle, geht es bei ihrem Vorstoss doch um nichts weniger als um die komplette Abschaffung der Massentierhaltung.

MASSENTIERHALTUNG – WAS IST DAS EIGENTLICH?

«Niemand will Massentierhaltung», ist Meret Schneider aus der Geschäftsleitung von «Sentience Politics» überzeugt. «Allerdings denken viele Menschen, dass es in der Schweiz gar keine Massentierhaltung gibt.» Dazu tragen auch die vielen Imagekampagnen der Tierindustrie bei, deren Werbung der Staat jährlich mit Millionen Franken aus Steuergeldern subventioniert. Entsprechend hat ein Grossteil der Bevölkerung ein stilisiertes Bild von der Schweizer Nutztierhaltung. So waren einer Umfrage des «Schweizer Tierschutz STS» zufolge über 80 Prozent der

Befragten fälschlicherweise der Ansicht, in der Schweinemast wäre Einstreu obligatorisch. Fast genauso viele meinten – wiederum irrtümlicherweise –, Kälber müssten hierzulande per Gesetz regelmässig Auslauf haben. Umgekehrt scheinen die meisten zu glauben, im Ausland sei die Tierhaltung grundsätzlich schlechter, da hochgradig industrialisiert. Zwar räumt auch Meret Schneider ein, das Schweizer Tierschutzgesetz sei eines der strengsten überhaupt. Davon abzuleiten, dass es den Nutztieren gut gehe, sei aber falsch. »Unser Gesetz erlaubt zehn Schweine auf der Fläche eines Autoparkplatzes. Ist das denn keine Massentierhaltung?«, fragt sie rhetorisch.

Sandra Helfenstein, Sprecherin des Schweizer Bauernverbandes, weist dagegen auf den schwammigen Begriff der Massentierhaltung hin. Was als tierfreundlich gelte und was nicht, sei eine Frage, die jeder nur für sich beantworten könne, sagt Helfenstein. Sie sieht darin allerdings kein Problem: «Das Schöne dabei ist: Jeder kann und darf seine Werte leben. Und wer keine Nutztierhaltung will, kann sich eben bio oder vegan ernähren.» Tatsächlich gibt es keine genaue Definition von Massentierhaltung. «Grossbestände» oder «hohe Besatzdichte» sind Stichworte, die zwar immer wieder fallen. Aber zur Frage, ab wann man von Massentierhaltung sprechen kann, tragen sie nichts bei. Verläuft die Grenze bei 50 000 Hühnern pro Betrieb wie in Deutschland oder bereits bei 18 000 wie in der Schweiz?

Für Hansuli Huber vom «Schweizer Tierschutz STS» blendet der Fokus auf Grossbestände aus, dass auch Klein-

Viele denken, in der Schweiz gebe es keine Massentierhaltung.



Bild oben: Bei so vielen Hühnern geht der Kontakt zum Einzeltier verloren, die Betreuungszeit tendiert gegen Null, kritisieren die Tierschützer.

Bild rechte Seite: Am 12. Juni 2018 wurde in Bern die Volksinitiative zur Abschaffung der Massentierhaltung lanciert.

betriebe Anzeichen von Tierfabriken aufweisen können, etwa wenn die Tiere dauerhaft fixiert werden. Permanente Stallhaltung sei nämlich genauso ein Merkmal von Massentierhaltung wie der erhöhte Einsatz von Technik sowie tierschutzrelevante Probleme bei der Zucht oder Fütterung. Trotzdem ergebe der Akzent auf die Masse Sinn, weil auf Grossbetrieben das Tierwohl zwangsläufig auf der Strecke bleibe: «Bei so vielen Tieren geht der Kontakt zum Einzeltier verloren, die Betreuungszeit tendiert gegen Null.»

Auch im von «Sentience Politics» vorgeschlagenen Initiativtext wird die Massentierhaltung als Form der landwirtschaftlichen Tierhaltung umschrieben, bei der das Tierwohl aus ökonomischen Gründen systematisch verletzt wird. Und das äussere sich nebst anderem eben

darin, dass Tiere in grossen Gruppen auf engem Raum gehalten würden. Konkret orientiert sich die Initiative an den Vorschriften etwa von «KAGfreiland», eines

der strengsten Bio-Labels der Schweiz. Für Schweinemasten würde das zum Beispiel bedeuten: jedes Tier muss Auslauf haben und auf einer Gesamtfläche von 15 Quadratmetern leben dürfen. Heute liegt in der Schweiz die gesetzlich vorgeschriebene Mindestfläche pro Mastschwein bei nicht einmal einem Quadratmeter.

ZU UTOPISCH?

Würde die Initiative angenommen, hätte das ein Umbruch der Schweizer Landwirtschaft zur Folge. Wie in Deutschland schreitet auch in der Schweiz das «Bauernsterben» stetig voran. Pro Tag verschwinden drei Höfe, weil sie nicht rentieren oder weil Nachfolger fehlen, in aller Regel trifft es die kleinen. Gleichzeitig nimmt die

Produktion zu, was bedeutet: es werden immer mehr Tiere auf immer weniger Betrieben gehalten. Es wären die Landwirte solcher Tierfabriken, die bei Annahme der Volksinitiative auf kleinräumige Nutztierhaltung umrüsten oder ganz aufhören müssten.

Nicht wenige halten das für utopisch. Deswegen sei die Volksinitiative auch nicht das geeignete Mittel, um Reformen anzustossen. Vielmehr sollten Ziele formuliert werden, die sich realistisch umsetzen lassen. Für Hansuli Huber vom gemässigten «Schweizer Tierschutz STS» könnte solch ein Ziel auf politischer Ebene in der Stärkung von «Tierwohl-Förderprogrammen» bestehen; auf Ebene des Konsums wäre es die nachhaltige Unterstützung des Biomarktes und auf der Ebene des Handels eine faire Entlohnung der Landwirte, sodass sich eine «naturnahе, ökologische und tierfreundliche Landwirtschaft wieder lohnt», wie Huber sagt. Deswegen konzentriere sich der «Schweizer Tierschutz STS» auf die Unterstützung der Fair-Food-Initiative, die im Herbst dieses Jahres zur Abstimmung kommt. Gleichwohl freut sich Huber «als Staatsbürger und Tierschützer» über die Initiative zur Abschaffung der Massentierhaltung. Denn Volksinitiativen seien der lebendige Beweis für eine funktionierende Demokratie und böten die Chance, Themen ins Licht zu rücken, öffentlich zu diskutieren und zu politisieren. Das sieht auch Meret Schneider so. «Natürlich wollen wir am Ende die Abstimmung gewinnen. Aber genauso wichtig ist uns, die Diskussion über Tierrechte und die verheerenden Folgen der Nutztierhaltung in die Gesellschaft zu tragen.»

SYNERGIEN NUTZEN

Dass die Initiative aus Sicht von Tierrechtsorganisationen womöglich zu moderat ist, weiss Meret Schneider. Immerhin wird nicht das Ende der Nutztierhaltung gefordert, sondern «bloss» eine alternative Haltung. Schnei-

«Bio, vegan, Tierwohlstandards – wir müssen auf dieser Welle reiten, jetzt oder nie.»



ders Meinung nach sollte man jedoch lieber Synergien nutzen, statt sich abzugrenzen. Es gehe darum, Allianzen zu bilden, um auf möglichst breiter Basis agieren zu können. Auch hier sieht Schneider einen Vorteil der Initiative. Denn die Massentierhaltung spreche nicht bloss Menschen und Organisationen aus Tierschutz und Tierrecht an, sondern auch solche, die sich um die ökologischen, sozio-ökonomischen und gesundheitlichen Auswirkungen der industriellen Nutztierhaltung sorgen.

Auch Tobias Sennhauser von der Tierrechtsorganisation «Tier im Fokus TIF» steht der Initiative positiv gegenüber. Dass es darin vordergründig um die Haltung der Tiere geht und nicht um das ausbeuterische System dahinter, sieht Sennhauser eher als einen Vorteil: «Unsere Erfahrung zeigt, dass sich Medien und Politik nicht sonderlich für Grundsatzdebatten über Tierrechte oder Tierwürde interessieren. Sie brauchen etwas Konkretes wie eine Debatte über Haltungsbedingungen. Natürlich sollte die Diskussion darüber hinaus gehen und die Nutzung von Tieren zur Produktion von Fleisch, Milch und Eiern grundlegend hinterfragt werden. Ich denke, diese Initiative hat das Potenzial dazu.»

Bis dahin ist es noch ein langer Weg. Und ein steiniger dazu. Doch Meret Schneider blickt dem Unterfangen mit Zuversicht entgegen. Für sie ist die nationale Volksinitiative ein hervorragendes Mittel, um Medienaufmerksamkeit zu genießen, die Bevölkerung zu sensibilisieren und die Tierindustrie sowie die politischen Parteien herauszufordern. Mehr auf einmal geht nicht, ist Schneider überzeugt. Die Zeichen dafür stünden jedenfalls gut: «Immer mehr Menschen setzen sich mit der Ernährung auseinander, der Bio-Markt boomt, der vegane Trend ist nicht aufzuhalten. Wir müssen auf dieser Welle reiten, jetzt oder nie».

Infos und online unterschreiben hier: <https://massentierhaltung.ch>

Ja zur Ernährungssouveränität

Ernährungssouveränität ist grundsätzlich das Vermögen einer Bevölkerung oder eines Landes, eigenständig über die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik zu bestimmen: Welche Produkte soll die Landwirtschaft wie, wo und für wen erzeugen? Wie gestalten wir den internationalen Handel mit Landwirtschaftserzeugnissen? Das Konzept der Ernährungssouveränität wurde um die Jahrtausendwende von Kleinbauernorganisationen wie La Via Campesina und sozialen Bewegungen auf internationaler Ebene entwickelt. Darauf basierend haben schweizerische Organisationen die Mindestkriterien für die Schweiz erarbeitet und eine Volksinitiative lanciert, die am 23. September zur Abstimmung kommt.

Die Initiative will unter anderem,

- dass der Bund eine bäuerliche (d.h. nicht-industrielle), einträgliche und vielfältige Landwirtschaft fördert,
- dass die Landwirtschaft den Bedürfnissen der Bevölkerung und ihren ökologischen Erwartungen entspricht
- dass der Bund auf eine Versorgung mit überwiegend einheimischen Lebens- und Futtermitteln achtet,
- dass den Bäuerinnen und Bauern das Recht auf Nutzung, Vermehrung, Austausch und Vermarktung von Saatgut erhalten bleibt,
- dass in der Landwirtschaft der Einsatz genetisch veränderter Organismen verboten bleibt,
- dass in den landwirtschaftlichen Produktionszweigen und -ketten gerechte, d.h. kostendeckende Preise festgelegt werden,
- dass die Anzahl der in der Landwirtschaft Tätigen wieder erhöht wird und schweizweit einheitliche und angemessene Arbeitsbedingungen herrschen,
- dass der Bund zum Erhalt der einheimischen Produktion Zölle auf der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen erheben und deren Einfuhrmenge regulieren kann, insbesondere auch zur Förderung einer Produktion unter guten sozialen und ökologischen Bedingungen im Ausland,
- und dass der Bund keinerlei Subventionen für die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen ausrichtet.

Michael Nanz, Geschäftsführer des «FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk» (FIAN), <https://fian-ch.org>